Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 6.00 Mark, vierteljährlich 18.00 Mk., durch die Post 18.00 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1418 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 50 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.00 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Filialen-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Nr. 211. Halle, Freitag, den 7. Mai 1920. Einzelpreis 20 Pfg.

Annahme des Besoldungsgesetzes im Ausschuß.

Berlin, 6. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Der Besoldungsausschuß der preußischen Landesversammlung hat nach längeren Verhandlungen beschlossen, das Besoldungsgesetz für Beamte, Lehrer, Pfarrer und das Gesetz für die Pensionserhöhung der Altpensionäre, sowie die Deckungsvorlage unverändert anzunehmen und dem Plenum die sofortige Verabschiedung zu empfehlen. Ursprünglich war beabsichtigt gewesen, die Besoldungsvorlage erst nach den Wahlen zu verabschieden und ein Notgesetz bis zum 8. Mai zu verabschieden, das den Beamten das Anrecht auf die neue Besoldungsreform gewährleistet. Mit Rücksicht auf die große Beunruhigung der Beamtenschaft, die sofortige Erledigung wünschte, hat man diese Absicht fallen gelassen. Das Plenum wird sämtliche Vorlagen nunmehr bis zum 8. Mai verabschieden.

Das Arbeitslosenversicherungsgesetz.

Berlin, 6. Mai. Eigene Drahtnachricht.) Dem Reichsrat ist soeben der Entwurf eines Gesetzes für Arbeitslosen-Versicherung zugegangen. Ausgenommen sind mit Rücksicht auf die Lage des Arbeitsmarktes u. a. Landarbeiter und Dienstboten. Träger der Versicherung sind die auf Grund des Wahlgesetzes zu schaffenden Kassenverbände. Die Mittel werden durch Beiträge der Arbeitgeber und der Versicherten, die je zwei Sechstel tragen, sowie des Reiches und der Gemeindenverbänden, die je ein Sechstel zu leisten haben, aufgebracht. Eine Beschäftigung in einem Betriebe, in dem Stellen infolge Ausstandes oder Streiks frei sind, braucht nicht angenommen zu werden. Arbeitslosenunterstützung wird nicht gewährt, wenn jemand seine Stelle freiwillig ohne triftigen Grund verlassen hat oder die Arbeitslosigkeit durch Streik oder Aussperrung veranlaßt ist. Sechs Monate nach Inkrafttreten dieses Gesetzes tritt die Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge außer Kraft.

Erhöhung der Kohlensteuer?

Berlin, 6. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Das „B. T." gibt Gerüchte wieder, daß die Kohlensteuer, die bisher 20 Prozent betrug, auf 60 Prozent gestreckt werden soll. Das Blatt erklärt, es wisse nicht, ob sich die Reichsfinanzverwaltung bereits auf diesen Satz geeinigt hat, oder ob er nur vorläufig als erstrebenswert ins Auge gefaßt ist. Wohl aber sei bekannt, daß die Regierung auf eine ganz beträchtliche Erhöhung der Kohlensteuer hinarbeitet. Das Blatt macht auf die mit einer solchen Steuererhöhung verbundenen Gefahren aufmerksam und weist darauf hin, daß mit einem Anschwellen des Kohlenpreises von durchschnittlich 200 auf 250 Mark pro Tonne auch Lebensmittel, Mieten, Industrieprodukte eine beträchtliche Steigerungen erfahren müßten.

Die Abfindung der Hohenzollern.

Berlin, 6. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, besteht in der preußischen Landesversammlung keine Neigung, die Frage der Abfindung der Hohenzollern in absehbarer Zeit wieder aufs Tapet zu bringen. Keinesfalls wird dies vor den Wahlen geschehen. Auch nachher wird voraussichtlich die ökonomische Auseinandersetzung Preußens mit den Hohenzollern die Landesversammlung kaum beschäftigen. Den Hohenzollern wird also nichts anderes übrig bleiben, als den Prozeßweg zu betreten.

Erzbergers Steuerverlegenheit.

Berlin, 6. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Die Steueraffäre Erzberger beschäftigt laut „Täglicher Rundschau" zurzeit die Staatsanwaltschaft beim Landgericht I, die in den letzten Tagen Zeugen in der Sache vernommen hat. Da weitere Vernehmungen zur Klärung geplant sind, scheint die Staatsanwaltschaft die Auffassung des Charlottenburger Finanzamtes, daß Steuerhinterziehungen nicht vorliegen, zunächst noch nicht zu teilen.

Ministerpräsident von Kahr über innere Fragen.

WTB. München, 6. Mai. In der heutigen Vollsitzung des Landtages führte Ministerpräsident von Kahr noch in Beantwortung der Interpellation Ackermann, Soz., betreffend die Märzvorgänge aus, daß das Verhalten der bayerischen Reichswehroffiziere im Ruhrgebiet ein vortreffliches war, und daß gerade bei der bayerischen Reichswehr im Ruhrgebiet das ausgezeichnete Verhältnis zwischen Mannschaft und Führern erfreulicherweise in Erscheinung trat. In der Judenfrage stehe die Staatsregierung in voller Uebereinstimmung mit der vorausgegangenen Regierung, auf dem Boden der Verfassung. Man dürfe sich aber nicht verhehlen, daß die antisemitische Bewegung in weite Kreise auch der Arbeiterschaft gedrungen ist und auch in ruhig denkenden Kreisen ernste Besorgnisse bestehen. Er möchte darum an die Angehörigen dieser Richtung eine ernste Mahnung richten. Was die Ausländerfrage betreffe, so seien durch eine Verordnung lediglich diejenigen Ausländer, die sich ohne die erforderliche Genehmigung in Bayern aufhielten, aufgefordert worden, Bayern zu verlassen. Der Ministerpräsident schloß mit einem Appell zur Arbeit.

Korfanty will enthüllen.

WTB. Beuthen, 6. Mai. (Drahtnachricht.) Korfanty nimmt in der Grenzzeitung zur deutschen Note Stellung und schreibt: Schlotternde Angst und helle Verzweiflung über den sich vollziehenden Verlust Oberschlesiens für Deutschland treiben die deutschen Kreise wiederum auf den ihnen seit langer Zeit bekannten Weg der Fälschung und Irreführung der öffentlichen Meinung. Korfanty spricht dann weiter seine Befriedigung darüber aus, daß endlich ein Forum geschaffen werde, um die deutschen Anschuldigungen einer objektiven Prüfung zu unterwerfen und die polnischen Geheimdokumente als mit amtlichen Geldern fabrizierte Fälschungen festzustellen. Er könne der deutschen Regierung heute schon erklären, daß sie bei der Gelegenheit ihr blaues Wunder erleben werde, denn er werde nicht verfehlen, hierbei den Deutschen die mit Wissen und Willen der deutschen Regierung inszenierten Verbrechen und Umtriebe in Oberschlesien zu enthüllen.

Hierzu ist zu bemerken: Die Wutausbrüche des Herrn Korfanty in der Grenzzeitung sind durchaus verständlich. Der Gedanke, daß einem die geheimsten Pläne so beweiskräftig vor der breiteste Oeffentlichkeit enthüllt werden, würde wahrscheinlich auch eine weniger aggressive Natur als Herr Korfanty aus der Fassung bringen. Mit umso größerer Ruhe geht man deutscherseits seinen Enthüllungen entgegen.

Zusammenschluß des Deutschtums in Oberschlesien.

Beuthen, 6. Mai. Nunmehr hat auch das Deutschtum in Oberschlesien sich endlich zusammengeschlossen und ein eigenes Plebiszitkommissariat gebildet. Zum Plebiszitkommissar ist der Bürgermeister Dr. Urbanek-Roßberg ernannt worden. Der Abstimmungskommissar wendet sich in einem Aufruf an die gesamte Bevölkerung Oberschlesiens, in dem er zur Treue gegenüber Deutschland und zur Mitarbeit an der deutschen Sache auffordert. Oberschlesien sei deutsch und müsse es bleiben. Alle Parteikämpfe müssen bis zur Entscheidung ausgeschaltet werden. Es ist beabsichtigt, den Abstimmungskommissar an die Spitze eines noch zu schaffenden großen Abstimmungsapparates zu stellen.

Schwere Gefährdung der Lebensmittelversorgung durch den Schifferstreik.

WTB. Magdeburg, 6. Mai. Infolge des Streiks der Binnenschiffer liegen in Magdeburg 200 Lastkähne und Schlepper fest mit insgesamt 130 000 Tonnen, darunter 22 000 Tonnen Lebensmittel, die dem Verderben ausgesetzt sind.

Verhandlungen im Binnenschifferstreik.

Berlin, 6. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Während die sächsische Regierung die Verhandlungen mit den streikenden Binnenschiffern ablehnt, scheint man sich in Berlin im Gegensatz zu Dresden doch entschlossen zu haben, mit den streikenden Schiffern zu verhandeln.

Bankbeamtenstreik in Bochum.

WTB. Bochum, 6. Mai. Die Angestellten der hiesigen Banken haben heute die Arbeit eingestellt.

Die Streiklage in Frankreich.

WTB. Paris, 6. Mai. Ueber die Streiklage liegen folgende Havas-Nachrichten vor: In Bordeaux hat sich die Lage bei den Hafenarbeitern wesentlich gebessert. In Valenciennes schlossen sich die Eisenbahner der Bewegung nicht an. Die Bergarbeiter beschlossen, die Arbeit fortzusetzen. In Le Havre beschlossen die Metallarbeiter aus Solidarität mit den Eisenbahnern den Streik. In Toulon erklärte eine Anzahl Arbeiter des Arsenals gestern abend sich für den Streik. In Lille erklärten die Eisenbahner die Wiederaufnahme der Arbeit für heute.

Schiffskatastrophe auf dem Schwarzen Meer.

WTB. Amsterdam, 6. Mai. Blättern zufolge meldet ein drahtloses Moskauer Telegramm, daß 14 Schiffe mit russischen bürgerlichen Flüchtlingen aus Südrußland auf dem Wege nach Kleinasien auf dem Schwarzen Meere im Sturme untergegangen seien.

Ein Hilfszug des Roten Kreuzes überfallen.

WTB. Rotterdam, 6. Mai. Aus Wladiwostok melden englische Blätter, daß der Hilfszug des englischen Roten Kreuzes im Innern des Landes angehalten und das Personal gefangen oder erschossen wurde.

Esthland muß auf seine Autonomie noch warten.

WTB. Haag, 6. Mai. Der „Nieuwe Courant" meldet drahtlos aus Helsingfors: Wie verlautet, hat England die Anerkennung der Unabhängigkeit Esthlands aufgeschoben, bis Finnland, Polen und die Randstaaten ihr Verhältnis zu Sowjetrußland geregelt hätten.

Zur Frage des Zuckerrübenanbaues.

Von Dr. Helling, Assistent am Landwirtschaftlichen Institut zu Halle.

Die schwerlastende wirtschaftliche Notlage des Deutschen Reiches ist in ihrer ganzen augenblicklichen Trostlosigkeit in den weitesten Volksschichten bekannt genug, als daß man sie noch besonders zu charakterisieren brauchte. Ebenso einmütig wie diese Erkenntnis ist bei allen schaffenden Berufsständen in Stadt und Land die Einsicht von dem Zwang der Zusammenfassung aller Kräfte zur Wiederbelebung und Gesundung unseres daniederliegenden Wirtschaftslebens, ist auch bei allen vaterlandsliebenden Kreisen der Wille, durch angestrengte Arbeit mit Hand und Kopf das Beste für des Reiches Wohl in unermüdlicher Treue zu leisten. Nur über das Wie und über die Wege, die uns zu dem erwünschten Ziele führen können, bedarf es, scheint's, noch hier und da der Klärung und Aussprache.

Das A und O allen wirtschaftlichen Strebens liegt zurzeit in der Verbesserung der Valuta, die wir nur durch die Ausfuhr hochwertiger Erzeugnisse, die der Weltmarkt begehrt, erreichen können. In erster Linie solcher Erzeugnisse, zu deren Gewinnung wir es nicht nötig haben, das Rohmaterial zu ungeheuerlichen Preisen vom Auslande zu beziehen, sondern vielmehr solcher Waren und Produkte, deren Rohmaterial uns der Schoß der Heimat selbst bietet.

Zu ihnen rechnet heute weitaus an erster Stelle der Zucker, zu dessen Herstellung uns die Kultur der Zuckerrübe den Rohstoff ohne nennenswerten Aufwand für ausländische Düngemittel im Lande selbst liefert, zu dessen Fabrikation wir in gleicher Weise kaum ins Gewicht fallende Materialien aus anderen Ländern benötigen, während alle übrigen Ausfuhrgüter, wie Maschinen, Eisenwaren, Baumwoll- und Wollwaren u. a. m., fast unerschwingliche Aufwendungen für den Bezug des Rohmaterials aus dem Auslande erheischen. In der Vorkriegszeit, als Deutschland noch das größte Rübenzuckerproduktionsland der Welt darstellte, stand unser Rübenzucker mit einem Ausfuhrwert von 262 Millionen Mark an sechster Stelle unserer Ausfuhrgüter, heute, nach dem Niederbruch unseres Rübenbaues, sind wir sogar genötigt, ihn einzuführen, nachdem sich unsere Produktion um nicht weniger als um 73 Prozent verringert hat.

Die Gründe für diesen katastrophalen Rückgang des Rübenanbaues unter den vielseitigen Wirkungen des Krieges und der unglücklichen Nachkriegserscheinungen in unserem Volksleben sind allgemein bekannt, und auch heute noch treten der Landwirtschaft die Mißhelligkeiten der Rübenkultur teils in unverminderter, teils gar in gesteigerter Schärfe äußerst unliebsam vor Augen. Aber nicht umsonst genießt die Tatkraft und Intelligenz des rübenbauenden deutschen Landwirtes einen in der ganzen Welt geltenden Ruf, so daß die Hoffnungen nicht trügen werden, daß er in seiner Anpassungsfähigkeit der größten Schwierigkeiten Herr werden wird.

Betrachten wir nun die Lage auf dem Weltzuckermarkt, und lassen wir für die Forderung, die Rübenkultur wieder auf ihre alte Höhe zu bringen, die Zahlen eine überzeugende Sprache reden.

Die Gesamtzuckererzeugung der Welt setzte sich vor dem Kriege zusammen aus

9,89	Millionen Tonnen Rohrzucker und
8,75	„ „ Rübenzucker
Sa.: 18,5	Millionen Tonnen,

sie besteht heute aus

12,2	Millionen Tonnen Rohrzucker und
3,6	„ „ Rübenzucker
Sa.: 15,8	Millionen Tonnen,

woraus neben der Tatsache, daß die Gesamtzuckerproduktion um 3 Millionen Tonnen zurückgegangen ist, der durch die Kriegsverhältnisse begünstigte Aufschwung und das bedeutende Uebergewicht des Rohrzuckers ersichtlich ist. Bei der heutigen Erzeugung von 15,8 Millionen Tonnen Zucker und bei einer Berechnung des derzeitigen Weltzuckerbedarfs von 21,8 Millionen Tonnen würde ein Weltdefizit von 6 Millionen Tonnen zu verzeichnen sein. Selbst wenn sich die Rohrzuckerproduktion gleichsinnig weiterwachsend entwickeln sollte wie in den Kriegsjahren, so könnte sie von diesem Defizit noch etwa 1—2 Millionen Tonnen decken, so daß immer noch ein Fehlbetrag von 4—5 Millionen bestehen bliebe, den auszugleichen dem Rübenzucker vorbehalten bleibt.

Von allen Rübenzucker erzeugenden Ländern kommt für diese Aufgabe in nennenswertem Umfang außer der Tschecho-Slowakei nur Deutschland in Frage, dessen Anteil an der Weltzuckererzeugung mit 2,72 Millionen Tonnen vor dem Kriege rund 1/4, dessen Anteil an der Gesamtrübenzuckerproduktion fast 1/3 vor dem Kriege ausmachte, und dessen heutige Erzeugung mit noch nicht ganz 750 000 Tonnen nicht einmal zur Befriedigung des eigenen Bedarfs ausreicht. Der Friedensvertrag hat uns nun zwar um wertvolle Zuckerüberschußgebiete geschmälert, so daß uns mit 38 Zuckerfabriken, 11,4 Prozent verloren gehen. Wenn wir also

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200507011/fragment/page=0001

fordern, daß Deutschlands Zuckererzeugung wieder auf den Vorkriegsstand zu heben ist, so gilt für die zu erstrebende Zuckermenge zwar nicht die Gesamtsumme von 2.72 Millionen Tonnen, sondern von 2.33 Millionen Tonnen. Nach einer ausreichenden Versorgung unserer eigenen Bevölkerung, nämlich mit 22 Kilogramm pro Kopf und Jahr wie in den vergangenen Friedenszeiten, bliebe aber noch rund 1 Million Tonnen Zucker für die Ausfuhr übrig, die uns bei einem Preise von 25 000 Mk. pro Tonne den Ertrag von 25 Milliarden Mark einbringen könnte; und zwar, worauf nicht genug hingewiesen werden kann, ohne daß uns beachtenswerte Kosten für die Einfuhr von Rohmaterialien und Betriebsstoffen aus dem Auslande erwüchsen.

Da in der ganzen Welt Zuckermangel herrscht, wird der deutsche Zucker bei der außerordentlichen Nachfrage und unterstützt durch die klägliche Valuta, keinerlei Nöte haben, seinen Absatz zu finden, einen so großen Vorsprung auch der überseeische Rohrzucker in der Eroberung des Weltmarktes während des Krieges gewonnen hat. Als Hauptabnehmer für deutschen Zucker kommt nach wie vor in erster Linie und fast ausschließlich England in Frage, das während des Kriegszustandes fast ganz auf den Rohrzucker aus Kuba angewiesen war. Selbst bei einer weiteren Steigerung unserer Erzeugungskosten wird der deutsche Zucker aber bei dem schlechten Stande unserer Valuta und der daraus resultierenden Preisspannung den Kuba-Zucker auf dem englischen Markt stets unterbieten und ihn demzufolge ohne Schwierigkeiten wieder aus seiner Position verdrängen können.

Der hohe wirtschaftliche Wert eines bis zur ehemaligen Friedenshöhe gesteigerten Rübenbaues geht aus diesen Zahlen und Erörterungen klar hervor. Auch der Einwand, daß es zunächst Aufgabe der Landwirtschaft sei, für den Anbau von unmittelbaren Nahrungs- und Futtermitteln Sorge zu tragen, wird hinfällig. Einmal durch die Erwägung, daß wir für den Zuckerausfuhrbetrag von 25 Milliarden Mark etwa 4 Millionen Tonnen Weizen aus dem Auslande kaufen könnten, während entsprechend die an Stelle von Rüben mit Weizen bebaute Fläche nur eine Ernte von 600 000 Tonnen Weizen zu liefern imstande wäre; zum andern durch die Tatsache, daß von der Flächeneinheit durch eine Rübenernte mit 76,71 Doppelzentner Stärkewert und 3,51 Doppelzentner Eiweiß pro Hektar bekanntlich mehr als die dreifache Menge von Nährstoffen gewonnen wird, als beispielsweise durch eine Weizenernte mit 23,32 Doppelzentner Stärkewert und 2.26 Doppelzentner Eiweiß pro Hektar (Bruckner, Zucker und Zuckerrübe im Weltkrieg). Und Weizen bietet der Weltmarkt genügend an, Zucker hingegen fordert er.

Auch die kulturfördernden Wirkungen des starken Rübenbaues, die zur Genüge jedem Landwirt bekannt sind, dürfen in diesem Zusammenhang nicht aus dem Auge gelassen werden und gewinnen heute, wo es gilt, die Gesamtproduktion der Landwirtschaft zu heben, besonders zu beachtende Bedeutung.

In wie hohem Maße volkswirtschaftlich die Forderung nach wieder vermehrtem Zuckerrübenbau berechtigt ist, ist hiermit wohl genügend erwiesen. Andererseits sind die Schwierigkeiten in der Praxis unverkennbar und nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. Ohne staatliche Hilfe wird ihre Ueberwindung kaum durchführbar sein. Die Lösung der Arbeiterfrage wird durch Bekämpfung der Arbeitsunlust, sowie der wilden Lohn- und Streikbewegungen und durch energische Maßnahmen zur Heranziehung der Arbeitslosen noch am ehesten zu lösen sein. Die Dünger- und Kohlenfrage erscheint bei einer verständnisvollen Unterstützung von seiten des Staates gleichfalls nicht unlösbar, und bei dem außerordentlichen Interesse, das der Staat an der Förderung des Rübenbaues haben muß, ist es seine Aufgabe, durch eine entsprechende Einwirkung auf die Ausbildung den wirksamsten Anreiz zur Steigerung der Zuckerproduktion in der weitesten Praxis zu geben.

Dann besitzen wir in der einsichtvollen Förderung und Unterstützung unserer Zuckerindustrie von seiten des Staates und in dem willigen Eingehen jedes rübenbauenden Landwirtes auf die erhobene Forderung, wieder soviel Rüben zu bauen wie im Frieden, ein's der brauchbarsten Mittel, an der Gesundung unseres wirtschaftlichen Lebens zum Heil des Landes und zum Vorteil der Bevölkerung erfolgreich und ersprießlich mitzuarbeiten.

Preußische Landesversammlung.

WTB. Berlin, 6. Mai. 143. Sitzung. Abstimmungen über die Anträge betreffend die Einwohnerwehren.

Der Antrag Adolf Hoffman (U. S. P.) auf Auflösung der Einwohnerwehren und Einsammlung der Waffen unter Kontrolle der Gewerkschaften und Angestelltenverbände wird abgelehnt. Der Antrag Friedberg (Dm.) auf Einrichtung eines an die staatliche Sicherheitspolizei und die Gendarmen angeschlossenen

Orts- und Flurschutzes

wird angenommen, ebenso ein Zusatz der Deutschnationalen, wonach die Ortswehren nicht parteipolitisch zusammengesetzt werden dürfen.

Eine Novelle zum Gemeindeabgabenrecht wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Ein Antrag des Ausschusses für Bevölkerungspolitik über die Auskunftspflicht der Aerzte findet einstimmig Annahme.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über die öffentliche Krüppelfürsorge. Das Ausschuß empfiehlt die Annahme des Entwurfes und eine Entschließung, in der die Regierung ersucht wird, der Volksvertretung eine Vorlage über die Gewährung staatlicher Mittel zur Abbürdung der den Landarmenverbänden, sowie den Stadt- und Landkreisen aus diesem Gesetz erwachsenen Lasten zu unterbreiten.

Abg. **Dr. Keol** (U. S. P.): Was wir heute zugunsten der Krüppel beschließen, sollte auch den anderen Hilfsbedürftigen zuteil werden. Hoffentlich macht uns die Regierung bald eine entsprechende Vorlage.

Abg. **Dr. Schmittmann** (Zetr.): Das Gesetz ist im Ausschuß verbessert worden. Die Beseitigung der Bestrafung der Aerzte wegen Verletzung der Schweigepflicht ermöglicht uns erst die Annahme der Vorlage.

Abg. **Dr. Schloßmann** (Dem.): Wir hoffen, daß die Regierung der Entschließung des Ausschusses bald Rechnung tragen wird.

Das Gesetz wird mit der Entschließung des Ausschusses in zweiter und dritter Lesung angenommen, ebenso das Gesetz über den Vorbereitungsdienst der Gerichtsreferendare, dessen Dauer auf drei Jahre festgesetzt wird.

Der Gesetzentwurf zur vorläufigen Regelung des Haushalts für 1920 (Notetat) wird endgültig gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen.

Der Ausschuß für Beamtenbesoldungen ersucht die Regierung, beim Reiche dahin vorstellig zu werden, daß die für die Reichsbeamten in den besetzten Gebieten in Aussicht genommene Besatzungszulage auch den Beamten der Länder in den besetzten Gebieten aus Reichsmitteln gewährt werde.

Der Antrag wird angenommen.

Nächste Sitzung, Freitag 12 Uhr: (Kleine Anfragen, Besoldungsvorlage).

Schluß nach 3 Uhr.

Eine Reichs-Landwirtschaftskammer.

Reichsgesetzliche Regelung der öffentlich-rechtlichen landwirtschaftlichen Berufsvertretungen.

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft ist der Entwurf zu einem Reichsgesetz über die Einrichtung landwirtschaftlicher Berufsvertretungen fertiggestellt und bereits den Landesregierungen zur Kenntnisnahme übermittelt worden.

Amtlich wird dazu berichtet: Die landwirtschaftliche Berufsvertretung war bisher ausschließlich durch Landesrecht geregelt. Die reichsrechtliche Regelung erweist sich als dringend notwendig, weil die deutsche Landwirtschaft beanspruchen darf, am Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft mit einer neuzeitlichen Interessenvertretung mitwirken zu können, und vor allem Wert darauf legen muß, bei der straffen Zusammenfassung aller wirtschaftlichen Kräfte durch das Reich ebenfalls eine berufsständische Vertretung bei der Reichsregierung zu haben.

Die Neuordnung der landwirtschaftlichen Berufsvertretung ist umso dringender geboten, als die Reichsverfassung im Artikel 165 eine von Grund auf neu zu schaffende Wirtschaftsverfassung vorsieht, die zur Voraussetzung hat, daß geeignete Vertretungen der einzelnen Berufsgruppen vorhanden sind.

Der Entwurf hat den Charakter eines Rahmengesetzes und geht von nachstehenden Grundsätzen aus. Der Begriff „Landwirtschaft" ist im weitesten Sinne des Wortes aufzufassen. Es sollen Vertretungskörper für die Verwaltungsbezirke höherer Ordnung in den einzelnen Ländern, landwirtschaftliche Zentralvertretungen der Länder sowie eine Reichslandwirtschaftskammer gebildet werden. Die landwirtschaftlichen Vertretungskörper der Länder sollen das Recht haben, in den unteren Verwaltungsbezirken ihres Bereichs zur Vermittlung örtlicher Kenntnisse und Erfahrungen Abteilungen einzurichten.

Aufgabe der landwirtschaftlichen Berufsvertretungen soll es sein, die gesamten Angelegenheiten der Landwirtschaft ihres Bezirkes in wirtschaftlicher und fachlicher Beziehung zu vertreten. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben können sie für die Dauer oder vorübergehend Ausschüsse bilden.

Die Vertretungskörper der Verwaltungsbezirke in den einzelnen Ländern sollen aus allgemeinen, gleichen, direkten Wahlen der landwirtschaftlichen Berufsangehörigen nach Maßgabe der Verhältniswahl hervorgehen. Die Wahlen sollen in drei Gruppen erfolgen, von denen je eine von dem Groß- und Mittelbesitz, von dem Kleinbesitz und den Arbeitnehmern (Angestellten und Arbeitern) gebildet wird. Jede Gruppe wählt eine gleiche Zahl von Mitgliedern. Wahlberechtigt sollen alle männlichen und weiblichen, dem landwirtschaftlichen Berufsstand angehörigen Personen sein, sofern sie

1. seit mindestens einem Jahre ununterbrochen in ihrem Wahlbezirk wohnen,
2. mindestens 20 Jahre alt sind,
3. im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind,
4. die Reichsangehörigkeit besitzen.

Wählbar sind nach dem Entwurf alle 24jährigen wahlberechtigten Berufsangehörigen, die

1. seit mindestens drei Jahren ununterbrochen in ihrem Wahlbezirk wohnen,
2. seit mindestens drei Jahren ununterbrochen landwirtschaftliche Berufsangehörige sind.

Nebenher können um die Landwirtschaft besonders verdiente Personen sowie die verschiedenen Vereinigungen des landwirtschaftlichen Berufsstandes Sitz und Stimme erhalten.

Die Mitglieder der landwirtschaftlichen Zentralvertretungen der Länder sollen von den nächstniedrigen Vertretungskörpern gewählt werden. Die Reichslandwirtschaftskammer soll von den landwirtschaftlichen Zentralvertretungen der Länder aus ihrer Mitte gewählt werden und eine den Vertretungskörpern der Länder entsprechende Zusammensetzung erhalten. Die Zahl der Mitglieder der einzelnen Länder hängt ab von der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe, der Größe der landwirtschaftlich benutzten Fläche und der Zahl der landwirtschaftlich tätigen Personen. Jedes Land darf aber aus jeder der drei Wählergruppen mindestens je ein Mitglied entsenden. Kein Land darf durch mehr als 2/5 aller Stimmen vertreten sein.

Die Reichslandwirtschaftskammer soll ihren Sitz am Ort der Reichsregierung haben und den Reichsbehörden regelmäßig als Beirat in allen die Landwirtschaft berührenden Fragen dienen. Wie in den Vertretungskörpern der Länder, so sollen auch in der Reichslandwirtschaftskammer um die Landwirtschaft verdiente Personen und landwirtschaftliche Vereinigungen Sitz und Stimme erhalten können.

Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft ist bestrebt, den Gesetzentwurf durch Beratungen mit den beteiligten Stellen und Interessenvertretungen raschest zur Vorlage an die gesetzgebenden Körperschaften des Reiches fertigzustellen.

Deutsch-Demokratische Vorschlagslisten.

Für den 17. Wahlkreis Ost-Hannover (Stade-Lüneburg): 1. Abg. Freiherr v. Richthofen, 2. Landwirt Grotewohl-Celle, 3. Schornsteinfegermeister v. Campen-Lohe.

6. Wahlkreis Pommern: 1. Abg. Lippmann-Stettin, 2. Abg. Schriftsteller Friedrich Weinhausen-Berlin, 3. Oberlyzealdirektor Dr. Karl Müller-Stralsund, 4. Fräulein Oberlehrerin Wally Krobiell-Stettin, 5. Bauerngutsbesitzer Boguslaw Dohrn-Hökendorf, 6. Postsekretär Peter Peters-Stettin, 7. Frau Damenschneidermeister Grete Rubow-Kolberg, 8. Bauernguts- und Mühlenbesitzer Frank-Muttrin, Kr. Belgard, 9. Gasanstaltsdirektor Handtke-Stolp, 10. Eisenbahnarbeiter Paul Müller-Stettin, 11. Kaufmann Penselow-Köslin, 12. Oberlehrer Dr. Schliebitz-Greifswald, 13. Uhrmacher Keiper-Dramburg, 14. techn. Eisenbahnsekretär Bachhaus-Stralsund, 15. Landarbeiter Windler-Barzin (bisher Lippmann und Lockenvitz. 1919: 176 075 demokratische Stimmen.)

Für den 29. Wahlkreis Franken hat der demokratische Parteitag für Bayern in Nürnberg folgende Vorschlagsliste aufgestellt: 1. Schulrat Weiß-Nürnberg, 2. Landwirt Kerschbaum, 3. Rechtsanwalt Meißner-Würzburg, 4. eine noch zu benennende Vertreterin der Frauen, 5. Kreer-Koburg, 6. Mechanikermeister

Gerda.

Ein Kinderbild von Erich Bockemühl.

(Nachdruck verboten.)

Und Vater erzählt Märchen. Heute, morgen, alle Tage erzählt Vater Märchen, der große Vater mit dem dunklen Bart und dunkler Stimme .... und dann wird die Stube ganz hell, dann sind Lichter überall, und die Sonne scheint, und die Bäume blühen alle mit kleinen Lichtern, und die Vögel singen — o dann ist ein ganz heller Lichtertag ....

Und abends dann schläft Gerda ein — Gerda hat Flügel, aus der weißen Schürze sind wirklich Flügel geworden, und die Bänder flattern im Wind, und Gerda fliegt, fliegt immer weiter bis in den Himmel, der ist ganz blau ... und oben ist das weiße Haus, da sitzt Mutter Sonne am Fenster und strickt — und hat goldene Stricknadeln und lächelt und sagt: Tag Gerda, ich stricke mit goldenen Nadeln das Morgenrot. Willst du ein rotes Kleidchen aus Morgenrot? und sieht im Spiegel — Frau Sonne hat einen weißen Spiegel — wie schön das ist: ein rotes Kleidchen aus Morgenrot. Und Sonne sagt: Willst du noch weiter fliegen? Flieg doch mal zum Mond. Du bist müde? Wart, ich ruf den kleinen weißen Wolkenwagen ... O, Gerda fährt im kleinen weißen Wolkenwagen, der fährt ohne Pferde durch die Luft ... und immer höher ... dann wirds dunkel; immer höher, dann wirds wieder hell ... O, wie ist das schön, im weißen Wolkenwagen, und kleine weiße Engelchen fahren plötzlich mit, immer weiter .... Guten Abend, Mond, sagen die Engelchen. Gerda ist gekommen! Und wie der nun lacht! Er nimmt die kleine Pfeife aus dem Mund —: Gerda mit dem Kleid aus Morgenrot? Ich schenk dir auch ein feines Silberkettchen .... und Gerda sieht im dunklen Spiegel, den der Mond hat, wie schön das ist — ein rosa Kleidchen und ein weißes Silberkettchen ... und die kleinen Sterne lachen all ... und kommen immer mehr herbei und sind drei Sterne, die drei feine bunte Edelsteine bringen, die machen sie im Silberkettchen fest, und die weißen Engelchen fassen Gerda an: Komm, wir tanzen, tanzen auf der Mondlichtwiese, und sie binden ihr ein silbern Schürzchen vor, streuen ihr das Haar voll bunter Strahlen ... Wie ist das schön, in Mondlicht-Silberwiese Ringelreihn zu tanzen! Klein Gerda mit dem roten Kleidchen und dem Silberkettchen mit den Edelsteinen tanzt mit hundert weißen Engelchen auf der Mondlichtwiese ...

Und am Morgen wird die kleine Gerda wach, und die Sonne scheint aufs weiße Bettchen, in die blauen Guckaugen und aufs gelbe Haar, da glänzen all die Silbersterne auf — und die Gerda sieht dann all die Röschen an der Wand und bunte Bildchen — und die Mutter kommt und gibt ihr einen Kuß — und dann steht Gerda auf. Wird gewaschen und gekämmt und zieht ihr rotes Kleidchen an, und die silberweiße Perlenkette legt Muttchen ihr um den Hals ... Und dann geht sie in die Schule und soll lesen: „e — rich", „Ma — ma", und hat den ganzen Morgen gar nicht richtig aufgepaßt ....

Aber daran ist der Vater schuld mit seinem Märchen, von denen man immer so schön träumen kann.

Eine unveröffentlichte Stormhandschrift

fand sich unter alten Papieren der Familie des Dichters in Husum an. Sie lautet:

An Biernatzki, Redacteur
des Volksbuchs
(nicht abgesandt.)

Geehrter Freund!

Zuvor herzlichen Dank für ihren Brief; dann muß ich Ihnen aber erzählen, daß ich im Moment ein köstliches Nachspiel zu den „Katzen" geschrieben habe; es muß gleich darunter gedruckt werden, wie die Moral unter die Fabel; und darunter erst mein Name. Es ist nemlich nicht ausgeblieben, daß man in meinem „Gesegnete Mahlzeit", ja in Heuers Holzschnitt dazu, bestimmte Personen hat erkennen wollen. Nun wird es tausend Spaß geben, wenn nach den Katzen folgende Tetrameter aufmarschiren.

Nachspiel:

Ob ich nun mit jener Katze meine eigene gemeint,
Oder Nachbars alte Katze, was nicht gar unmöglich scheint,

Oder gar des Bürgermeisters, gar des Präsidenten Vieh,
Oder — was doch ganz unglaublich — Katzen aus der Phantasie,

Dieses zu errathen will ich allen Guten anempfehlen,
Deren liebevolle Zähne sich mit solchen Nüssen quälen.

Theodor Storm.

Dieser Humor gefällt mir außerordentlich, und beleidigt, Gott sei Dank, auch nicht das Poel'sche Schaamgefühl; denn sie wissen ja leider, daß das bei mir nicht sicher ist.

Die Handschrift hat besonderen Reiz dadurch, daß sie uns Storm, den schwerblütigen, grüblerischen Nordfriesen auf von ihm nur selten, aber mit Glück betretenen — Mörike wußte, wie wir aus seinem Brief an Storm vom 26. Mai 1853 wissen, „Von Katzen" auswendig und hat manchen damit erfreut — feinhumoristisches Gebiet zeigt. „Von Katzen" erschien in Biernatzkis Volksbuch auf das Jahr 1849 für die Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg, und da Storm in seinem (nicht abgesandten) Brief meint, daß das „Nachspiel" gleich darunter gedruckt werden müsse, muß die Handschrift aus dem Jahre 1848 sein. Das in Storms Schreiben erwähnte gleichfalls feinhumoristisch-ironische Gedicht „Gesegnete Mahlzeit" mit dem weniger feinen, aber drastischen Holzschnitt von Heuer war im vorausgegangenen Jahrgang (1848) des Volksbuches erschienen. Wer der schamhafte Poel war, dafür geben Storms Briefe usw. uns nirgends einen Anhaltspunkt, doch ist die Annahme am nächstliegenden, daß es sich um den 1867 verstorbenen Peter Poel, den langjährigen Redacteur des damals in den Herzogtümern weitverbreiteten „Altonaer Mercurs" handelt, der möglicherweise einmal über eine der ersten Veröffentlichungen Storms eine von philiströser Engherzigkeit und verständnisloser Prüderie eingegebene Kritik gebracht haben mag.

F. Sch.

Ausfall von Vorlesungen. Privatdozent Dr. Weege sieht sich gezwungen, infolge eines Lehrauftrages, der ihn für ein Semester an das archäologische Museum nach Breslau ruft, für das S.-S. 1920 die von ihm angekündigten Vorlesungen ausfallen zu lassen.

Der neue Roman der Saale-Zeitung. Die heutige Unterhaltungsbeilage der Saale-Zeitung enthält den Schluß der Novelle „Des Herzens Gebot" von Fr. Lehne. Morgen werden wir mit dem Abdruck eines neuen Romans beginnen, der unter den Lesern der Saale-Zeitung sicherlich viel Beifall finden wird. Wir haben den Roman „Aus eigener Kraft" von H. Abt erworben, der sich durch seine Psychologie und eine ebenso spannende wie frische Handlung auszeichnet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200507011/fragment/page=0002

Söhnle-Ansbach. 7. Postverwalter Krauß-Bamberg. 8. Privatangestellter Bauer Heinrich-Fürth. 9. Fabrikbesitzer Beniel-Nerdhalben. 10. Landwirt Bodendörfer. 11. Werkmeister Hemmersbach Nürnberg. 12. Rechtsanwalt Greifenstein-Bayreuth. 13. Frau Marie Huber-Kitzingen. 14. Lehrer und Bezirksschulrat Haager-Stadtsteinach. 15. ein weiterer, noch zu benennender Vertreter Koburgs. 16. Kaufmann Schwesinger-Miltenberg (bisher Weiß, Kerschbaum, Meißner. 1919: 228 467 Stimmen).

31 Dresden-Bautzen. 1. Oberbürgermeister Külz-Zittau. 2. der frühere Abg. Dr. Weber. 3 Ministerial-Direktor Dehne (bisher Abg. Külz und Abg. Steinsdorff. 1919: 167 898 Stimmen).

32. Wahlkreis Leipzig. 1. Prof. Goetz. 2. Abg. Schneider. 3. Frau Stadtv. Lasse-Wurzen (bisher Zöphel und Schneider. 1919: 177 447 Stimmen).

•

* Dere frühere Reichstagsabgeordnete O. Keinath-Berlin, geschäftsführendes Präsidialmitglied des Zentralverbandes für den deutschen Großhandel, der von der Ortsgruppe Magdeburg der Deutschen demokratischen Partei als Kandidat für den dortigen Wahlkreis ersehen war, ist an dritter Stelle auf die Reichsliste der Deutschen demokratischen Partei gestellt. Mit Keinath, dessen Wahl gesichert ist, zieht ein hervorragender Wirtschaftspolitiker in den neuen deutschen Reichstag ein, was von Gewerbe, Handel und Industrie unserer Provinz mit großer Genugtuung begrüßt werden dürfte.

Der neue Präsident der Deutschen Kolonialgesellschaft.

WTB. Magdeburg, 6. Mai. Anstelle des verstorbenen Herzogs Johann Albrecht zu Mecklenburg ist der frühere Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika Dr. Seitz zum Präsidenten der Deutschen Kolonialgesellschaft gewählt worden.

Was mit unserer Flotte geschieht.

WTB. Amsterdam, 6. Mai. Wie „Telegraaf" aus London meldet, teilte gestern der Vertreter des Marineministeriums im Unterhause mit, daß sämtliche ausgelieferten deutschen Kriegsschiffe abgewrackt werden sollen mit Ausnahme der fünf leichten Kreuzer und zehn Torpedobootjägern, welche Frankreich erhält, ferner von zehn Torpedojägern für die italienischen Flotte und je zehn Torpedobooten für Posen und Brasilien.

Keine Rechtsschmälerungen deutscher Beamten in Polen.

WTB. Berlin, 6. Mai. (Amtlich.) Wolffs Telegraphisches Büro brachte am 21. April eine von nicht amtlicher Seite herrührende Nachricht, wonach eine von dem polnischen Ministerium für das preußische Teilgebiet erlassene Verordnung über die Ausweisung deutscher Beamten, Wartegeldempfänger und Witwen als glatter Vertragsbruch anzusehen sei

Die Nachricht beruhte auf irrtümlicher Auslegung eines der Oeffentlichkeit vorzeitig bekannt gewordenen polnischen Vorentwurfs, über dessen endgültige Fassung bei den kürzlich in Posen stattgehabten deutsch-polnischen Besprechungen eine Einigung erzielt worden ist Die im Friedensvertrag erwähnten Rechte sollen darnach unter die Verordnung gefallenen Personen in keiner Weise geschmälert werden.

Verbot zu niedriger Zeitungspreise in Italien.

WTB. Mailand, 6. Mai Blätter melden die bevorstehende Veröffentlichung einer Regierungsverordnung, durch die den Zeitungsverlegern untersagt wird, den Jahresabonnementspreis einer Zeitung auf weniger als 30 Lire festzusetzen.

Amerikanische Kritik am Völkerbund.

WTB. Paris, 6. Mai. Nach einer Havas-Meldung aus Washington hat Senator Knox zugunsten des Friedens mit Deutschland und Oesterreich gesprochen und erklärt, der Völkerbund müsse vollkommen umgestaltet werden, denn wie er jetzt konstituiert sei, könne er nur Ungelegenheiten bereiten.

Tirpitz als Kronzeuge für den Zusammenbruch.

Gegenüber den Verdrehungen, mit denen zuerst die deutsch-nationale Volkspartei und ihr schwerindustrieller Ableger die Deutsche Volkspartei im Wahlkampf arbeiten, verdienen folgende Feststellungen der „Demokratischen Rundschau" besondere Beachtung:

Großadmiral von Tirpitz, der Begründer der Deutschen Vaterlandspartei, einer jener Männer, die für die Deutschnationalen geradezu Halbgötter gewesen sind, hat in seinen Erinnerungen über das alte System so klar und deutlich sich geäußert, wie kaum jemand zuvor. Und was er sagt, kann als Antwort auf die Frage dienen, wer an dem Zusammenbruch die Schuld trägt. So heißt es in einem Briefe vom 23. August 1914:

„Ich zittere in erster Linie für unser Deutschland, dem ich die Wucht und grimmige Entschlossenheit nicht in dem Maße zugetraut hätte; aber zu viel Jämmerlichkeit da oben."

Am 20. September 1914 schreibt er in einem Briefe aus Luxemburg und diese Worte sollte man während des Wahlkampfes mit Riesenbuchstaben an alle Tore schlagen:

„Vielleicht rettet uns das Volk und seine Kraft. Mit dem bisherigen Kasten- und Klassenwesen ist es vorbei. Sieg oder Niederlage. Wir bekommen die reine Demokratie."

Immer wieder klingt die Verzweiflung aus seinen Briefen heraus. Der Krieg ist nicht zu gewinnen, die Lage ist gefährlich, unsere Sache steht nicht gut. (22. 9.) Wir wissen jetzt, was es mit der Verleumdung der Vaterlandspartei gegen jene Parteien, die rechtzeitig zum Friedensschlusse mahnten, auf sich hatte. Ihr Gründer Tirpitz spricht es immer wieder aus:

„Nach dem Kriege freilich kommen gewaltige Umänderungen im Innern. Du weißt ja, wie oft ich gesagt habe, es muß eine Katastrophe kommen, man weiß nur nicht wie und wann."

Aus Charleville prophezeit er am 3. Januar 1915: „Ich teile Deinen Glauben an unser Volk, aber die Gefahr liegt nahe, daß wir erst durch eine Revolution durchmüssen an Stelle der Evolution."

Das vernichtendste Urteil über den kaiserlichen Kurs aber fällt in einem Briefe vom 22. März 1915:

„Ich habe diese Ziellosigkeit, die Fanfaren dabei, jetzt seit zwei Jahrzehnten miterlebt und gesehen, wie jedes Ressort für sich arbeitet, alles sich an „Ihn" herandrängt, dem man den Glauben beibringt, alles selbst zu machen, und von dem so große Vorteile ausgehen — Byzanz! Und nun haben wir diesen furchtbaren Krieg und dasselbe Durcheinander und dieselbe Ziellosigkeit, vom Gesamtstandpunkt aus gesehen."

Ebenso deutlich wird Tirpitz am 26. desselben Monats: „Es ist ein unerhörtes Versagen unserer Oberschicht, mitverschuldet durch die Spitze. Ich habe das ja die ganze Zeit Jahrzehntelang kommen sehen. Wie oft hatte ich Dir gesagt: Wie die Katastrophe einmal kommen wird, wüßte ich nicht, sie müßte aber kommen."

Die Schuldfrage wird im Wahlkampf ihre Rolle spielen Alle deutschnationalen Versuche, die Weltgeschichte zu fälschen, scheitern an den Aussagen ihres vergötterten Führers.

Halle und Umgebung.

Halle den 7. Mai 1920.

Hochbaunormung Sachsen-Anhalt.

Auf Einladung der Wohnungsfürsorgegesellschaft für die Provinz Sachsen, der „Mitteldeutschen Heimstätte" in Magdeburg traten unlängst in Magdeburg Vertreter des Oberpräsidiums, der drei Bezirksregierungen der Provinz, des Staatsrates Anhalt, der größeren Städte, der Siedlungs- und Baugenossenschaften, der Handels- und Handwerkskammern, der technischen Schulen und der freien Architektenschaft der Provinz zu einer Beratung über die Gründung eines Ausschusses für Hochbaunormen zusammen. Regierungsbaumeister Jobst, der Geschäftsführer der „Reichshochbaunormung" legte einführend die große Bedeutung des Normen-Gedankens dar, er schilderte die Vorteile, die sich durch die Normung einzelner Bauteile im Hochbau in wirtschaftlicher, technischer und künstlerischer Hinsicht ergeben und wies nach, daß die früher gehegten Befürchtungen, die Normung könnte eine Schädigung der kleinen Handwerker oder der künstlerischen Tätigkeit der Architekten hervorrufen, keineswegs zutreffen und heute von keiner gewichtigen Seite mehr geteilt werden können.

Anschließend berichtete Baurat Mühlner von der „Reichshochbaunormung" über den Aufbau der mit der Normung befaßten Organe und legte die für die Arbeit der einzelnen Ausschüsse aufgestellten Richtlinien dar. Die Ausführungen der beiden Redner fanden in der Versammlung ungeteilte Zustimmung und die Gründung einer „Landesgruppe des Normungsausschusses der deutschen Industrie, Hochbaunormung Sachsen-Anhalt" wurde beschlossen.

Zur Vorbereitung der weiteren Arbeiten wurde ein engerer Ausschuß, aus 15 Vertretern der oben genannten Körperschaften bestehend, gewählt. Den Vorsitz im engeren Ausschuß führt der Bezirkswohnungs-Aufsichtsbeamte in Magdeburg, Regierungs- und Baurat Geh. Baurat Behrendt, die Geschäftsführung liegt in Händen der Mitteldeutschen Heimstätte in Magdeburg.

Gebührenerhöhungen im Postverkehr mit dem Ausland. Gleichzeitig mit der am 1. Mai 1920 erfolgenden Gebührenerhöhung im inneren deutschen Postverkehr treten auch verschiedene Gebührenänderungen im Postverkehr mit dem Ausland ein. Für Briefsendungen nach dem Freistaat Danzig, Luxemburg, dem Memelgebiet, Oesterreich, Ungarn und Westpolen (den an Polen abgetretenen deutschen Gebieten) gelten die neuen Gebührensätze des inneren deutschen Verkehrs. Nach dem übrigen Auslande werden die Gebühren für Briefe bis 20 Gramm auf 80 Pfg. und für jede weiteren 20 Gramm auf 60 Pfg., ferner die Gebühr für Postkarten auf 40 Pfg. erhöht. Drucksachen Warenproben und Geschäftspapiere nach anderen als den vorgenannten Ländern unterliegen fortan einer Gebühr von 20 Pfg. für je 50 Gramm; die Mindestgebühr ist für Warenproben auf 40 Pfg. und für Geschäftspapiere auf 80 Pfg. erhöht worden. Eine Uebersicht der neuen Postgebühren, die auf die vom 1. Mai ab für Briefsendungen des Auslandsverkehrs anzuwendenden Gebührensätze enthält, kann durch die Postanstalten zum Preise von 10 Pfg. bezogen werden. Ueber die für sonstige Postsendungen nach dem Ausland, insbesondere für Pakete und Postanweisungen eintretenden Gebührenerhöhungen erteilen die Postanstalten Auskunft.

Bei dieser Gelegenheit wird darauf hingewiesen, daß Briefe nach dem Auslande neuerdings außerordentlich häufig ungenügend freigemacht versandt werden, sodaß die Empfänger hohe Nachzahlungen leisten müssen. Um derartige Versehen der Absender soviel als möglich wiedergutzumachen, ist im Interesse der Versender die Anordnung getroffen worden, daß die Aufgabepostanstalten auf die ausreichende Freimachung der Briefsendungen nach dem Auslande ganz besonders achten und ungenügend freigemachte Sendungen dem Absender, sofern er zu erkennen ist, zur Vervollständigung der Freigebühr zurückgeben sollen, wenn dies i. H., d. h. ohne nennenswerten Zeitverlust und ohne besondere Mühewaltung möglich ist. Im allgemeinen wird die Rückgabe nur erfolgen, wenn der Absender im Bezirk der Aufgabepostanstalt wohnt, keinesfalls aber, wenn die Sendung den Aufgabeort bereits verlassen hat. Es wird daher dringend empfohlen sich mit den neuen Gebühren genau vertraut zu machen und Briefsendungen nach dem Ausland ausreichend freizumachen.

Erhöhung der Zuckerpreise. Um Irrtümer vorzubeugen, sei nochmals folgende Veröffentlichung wiedergegeben: In Abänderung unserer Bekanntmachung vom 29. August 1919 und unter Bezugnahme auf die durch die Reichszuckerstelle mit Wirkung ab 1. Mai 1920 verfügte Preiserhöhung, werden vom Sonnabend, den 1. Mai 1920 ab, die Kleinhandelspreise a) für gem. Mehlis auf 1.88 Mk., b) für gem. Raffinade auf 1,92 Mk., c) für Würfelzucker auf 2 Mk., d) für Brode auf 2 Mk., e) für Kandis auf 2.40 Mk. für das Pfund festgesetzt. Im übrigen verbleibt es bei unserer Bekanntmachung vom 5. November 1917.

Die Kündigung der Fernsprechanschlüsse vor der Tauferdmarkabgabe. Das Gesetz über die Telegramm- und Fernsprechgebühren tritt mit dem 1. Juli 1920 in Kraft. Ueber die Einzelheiten der neuen Gebührenordnung hatten wir schon berichtet. Nach dem Entwurfe ist jeder Fernsprechteilnehmer berechtigt seinen Anschluß bis zum 15. Juni zum 30. Juni zu kündigen. Der Uebergang zu einer niedrigeren Gebührenart ist erst zum 1. Oktober zulässig. Der einmalige Beitrag ist bei Anschlüssen, die bis zum 1. Oktober aufgehoben werden, nicht zu entrichten. Jeder Fernsprechteilnehmer soll für jeden Hauptanschluß 1000 Mk., für jeden Nebenanschluß, auch für jeden von einem Privatunternehmer hergestellten, 200 Mk. einmalig zur Verfügung stellen. Der Betrag kann in vier Raten gezahlt werden und soll mit 4 v. H. verzinst und bei Aufhebung des Anschlusses zurückgegeben werden. Die Zinsen werden dem Teilnehmer am Schlusse jeden Jahres vergütet. Neben sämtlichen Sprechgebühren soll die Gebühr für Nebenleitungen für zuschlagspflichtige Leitungsstrecken, für die Verlegung von Sprechstellen um 100 v. H. erhöht werden.

Dem Vorsitzenden des Verbandes obergäriger Brauereien im Brausteuergebiet E. V., Generaldirektor der Engelhardt-Brauerei A.-G., Herrn J. Nacher, wurde das Eiserne Kreuz am weißschwarzen Bande verliehen.

Kunst und Wissenschaft.

Bühnenchronik. Das neueste Werk des Mitverfassers des im Apollotheater in Halle aufgeführten „Kaiserplatz 3 eine Treppe", Adolf Viktor v. Koerber, die mit Franz Ausfeld und dem Berliner Komponisten Clemens Schmalstich gemeinsam verfaßte Operette „Die Tänzerin aus Liebe", wurde soeben nach dem großen Erfolg der Bremer Uraufführung, in der Karl Cluning die Tenorpartie sang, vom Hansa-Theater in Lübeck zur Erstaufführung angenommen.

Münchener Festspiele. In der Zeit vom 1. August bis 15. September 1920 finden auch in diesem Jahre wieder Festspiele im Prinzregenten-Theater, National-Theater und Residenz-Theater in München statt. Von Festspielen für das Schauspiel wird in diesem Jahre abgesehen. Die Aufführungen umfassen bekannte Meisterwerke aus dem Gesamtgebiete der deutschen Oper in Vergangenheit und Gegenwart.

Das achte deutsche Bachfest (zugleich 4. Leipziger), das infolge der Märzwirren vertagt werden mußte, findet vom 19. bis 21. Juni in Leipzig statt. Ausführende sind Leipziger Bachverein, Thomanerchor und Gewandhausorchester.

Provinzial-Nachrichten.

)(**Merseburg,** 6. Mai. (Kellnerstreik.) Die Kellner von Merseburg und Umgegend sind in den Ausstand getreten, weil die Gastwirte und Saalbesitzervereine ihnen die verlangten Lohnzulagen abgelehnt haben.

? **Burgörner** (Mansfeld), 6. Mai. (Kirchenraub.) In der hiesigen katholischen Kirche haben Diebe nachts 14 Altarleuchter gestohlen.

!! **Schönebeck,** 6. Mai. (Große Lebensmittelladungen für Sachsen.) Infolge des Schifferstreiks liegen auf der Elbe hier weithin Schleppzüge fest, die Getreide und Kartoffeln im Werte von vielen Millionen Mark als Ladung führen. Die Lebensmittel sind für Wallwitzhafen zum Umschlag und für Dresden und Riesa zur Ausladung bestimmt.

(—) **Bernburg,** 6. Mai. (Durch die Revolution Rentner geworden.) Nachdem hier viele Monate schon Einbruchsdiebstähle begangen sind, gelang es jetzt, den Arbeiter Max Richter aus Alten bei einem Wäschediebstahl, bei dem ihm für 5000 Mk. Wäsche in die Hände fiel, abzufassen. Richter erklärte bei der Vernehmung frech, ich bin Rentner. Seit der Revolution arbeite ich nicht mehr. Tatsächlich hatte er von den Tagen der Revolution an lediglich von Diebstählen gelebt, deren er allein für Stadt und Kreis Bernburg 17 zugestand.

— **Oschersleben,** 6. Mai. (Raubmord.) In einem kleinen Gehölz an der Oschersleber-Neindorfer Straße fand man die Leiche eines Unbekannten auf. Sie zeigte eine Schußverletzung in der Herzgegend und zahlreiche Messerstiche im Kopf. Drucksachen, die der Tote bei sich trug, gaben zwar keine Auskunft über seine Persönlichkeit, lassen aber erkennen, daß er erst in den letzten Tagen aus dem Rheinland zugereist war.

Magdeburg, 6. Mai. (Die Hilfsangestellten des Magistrats) sind heute früh in den Streik getreten, da der Magistrat es abgelehnt hat, ihnen die Kartoffel- und Mehlzulagen, die die Angestellten in Handel und Industrie erhalten, zu gewähren. Durch den Streik sind wichtige Zweige der städtischen Verwaltung, wie das Lebensmittelamt, das Wirtschaftsamt und die Wohlfahrtspflege, vollkommen stillgelegt.

:: **Genthin,** 6. Mai. (Der deutschdemokratische Bürgermeister Strutz) von hier ist zum kommissarischen Landrat für den Kreis Jerichow 2 ernannt worden.

() **Aus Thüringen,** 6. Mai. (Verschleuderung von Heeresgut.) In den Kreisen der thüringischen Handwerker erregt es Unwillen, daß die in Erfurt auf dem Petersberg und bei der Gutenbergschule untergestellten Wagen zum Preise von nur 250 Mk. an einen Unternehmer verkauft worden sind. Nach Mitteilung des Handwerkerbundes haben sich Handwerksmeister, die gern höhere Preise bezahlt hätten, vergeblich um die Wagen bemüht. Beim Einzelverkauf hätten selbst schon einzelne Wagenteile nach den Behauptungen der sachverständigen Handwerker, über 1000 Mk. erzielen müssen. Man will bei der Regierung Beschwerde führen.

Gera, 6. Mai. (Für die Ferienkolonie) bewilligte der Stadtrat einen Beitrag von 35 000 Mk. — Die Verpflegungssätze für Kinder im neuen Waldkrankenhause wurden mit 75 Prozent der Sätze für Erwachsene festgesetzt. — Zur Ausübung des Vorkaufsrechts an der Hausmühle wurden 337 000 Mk. bewilligt.

?? **Heiligenstadt,** 6. Mai. (Spielende Kinder) steckten in Birkenfelde die dicht hinter dem „Steinerhof" stehende große Scheune des Rittergutsbesitzers Konrad Goldmann in Brand. In kurzer Zeit war das Gebäude ein kohlender Schutthaufen geworden. Es verbrannten ca. 600 Zentner Stroh, Getreidemäher, Selbstbinder, Wagen, Geräte und Bretter. Der Gesamtschaden dürfe bei dem heutigen Werte etwa 200 000 Mark betragen.

Vermischtes.

Feuer in einer Nervenheilanstalt.

WTB. Berlin, 6. Mai. Wie der „Lok.-Anz." meldet, entstand heute nacht ½ 1 Uhr in der Pankower Nervenheilanstalt ein Feuer, bei dem zwei Patienten verbrannten. Das Feuer ist anscheinend dadurch entstanden, daß Patientinnen dem Verbot zuwider im Bett geraucht haben.

Verlohnt es sich noch, etwas zu lernen? Schon häufig ist darauf hingewiesen worden, daß geistige Arbeiter seit der Revolution viel schlechter bezahlt werden als Handarbeiter. Aber auch bei diesen kann man feststellen, daß ungelernte Arbeiter jetzt fast ebensogut bezahlt werden wie gelernte. In Leipzig z. B., wo die Arbeiter jetzt einen Stundenlohn von 6 Mk. fordern, erhalten die Gemeindearbeiter bisher folgende Stundenlöhne: der gelernte Arbeiter 4.60 Mk., der angelernte Arbeiter 4.40 Mk., der ungelernte Arbeiter 4.20 Mk. Da muß man wirklich fragen: Wenn ein gelernter Arbeiter nur 20 Pfg. mehr als ein angelernter und nur 40 Pfg. mehr als ein ungelernter erhält, also nur soviel wie heutzutage eine Zigarette kostet, verlohnt es sich da überhaupt noch, etwas zu lernen? Wird damit der Drang zur Fortbildung, der doch die Grundlage eines wirtschaftlichen Aufschwungs bilden sollte, nicht völlig lahmgelegt? (kos.)

Der große Bedarf an Leder kann gegenwärtig aus den gegerbten Häuten unserer Haustiere längst nicht mehr gedeckt werden, obwohl auch das früher weniger zur Verwendung gelangte Roß-, Hunde- und Kaninchenleder in immer steigendem Maße ergänzt wird. An und für sich kann ja aus der Haut aller Tiere brauchbares, zum Teil vorzügliches Leder hergestellt werden, wie das Hirsch-, Gems-, Büffel-, Antilopen-, ja Krokodil-, Schildkröten- und Seehundleder beweist. So ist es, wie der „Kosmos" schreibt, nicht zu verwundern, daß auch mit den seit mehreren Jahren in Amerika angestellten Versuchen über das Gerben der Haut von Haifischen und anderen Seetieren gute Erfolge erzielt worden sind. Haifischleder, das jetzt zu Handtaschen und ähnlichen Gegenständen verarbeitet wird, kann beliebig gefärbt werden, ist sehr weich, und man hofft, bald auch Schuhwerk daraus herstellen zu können.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200507011/fragment/page=0003

Aus dem Leserkreise.

(Für die Veröffentlichungen unter dieser Ueberschrift übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung; für sie bleibt auf Grund des § 21 Abs. 2 des Preßgesetzes im vollem Umfange der Einsender verantwortlich.)

Am ehemaligen „Feldschlößchen" bei der Anstalt Nietleben, standen noch im vorigen Herbst einige sehr schöne Nußbäume. Diese sind mit einem Male verschwunden. Die Stümpfe der abgeholzten Bäume überquellen von frischem Saft. Darf man fragen, aus welchem Grunde diese Bäume, die dort niemandem im Wege waren, weggehauen wurden und was mit dem Holze geschehen ist? K.

Sport der „Saale-Zeitung".

Rennen zu Karlshorst.

1. Tempelhofer Jagdrennen. 12 000 Mk. 3400 Mtr. 1. Einwurf, 2. Mostale, 3. Berber. Tot. Sieg 21, Platz 16, 29:10. 8 liefen.
2. Preis von Lilienhof. 16 000 Mk. 3600 Mtr. 1. Fustanella, 2. Narwal, 3. Elfchen. Tot. Sieg 33, Platz 18, 40:10. 8 liefen.
3. Kramsta Erinnerungsrennen. 20 000 Mk. 4200 Mtr. 1. Ostry, 2. Minor, 3. Hunding. Tot. Sieg 18, Platz 13, 17:10.
4. Poseidon Hürdenrennen. 15 000 Mk. 3000 Mtr. 1. Ferne, 2. Goldseele, 3. Zabszam. Tot. Sieg 36, Platz 12, 56, 15:10. 11 liefen.
5. Jagdrennen der Vierjährigen. 30 000 Mk. 3800 Mtr. 1. Digitalis, 2. Marmolata, 3. Corsar. Tot. Sieg 60, Platz 35, 44:10. 6 liefen.
6. Wohlfahrts Jagdrennen. 15 000 Mk. 4200 Mtr. 1. Durchbruch, 2. Honved, 3. Barbar. Tot. Sieg 28, Platz 11, 11, 15:10. 7 liefen.
7. Blumenhof Jagdrennen. 12 000 Mk. 3400 Mtr. 1. Cymbal, 2. Kürassier, 3. Algebra. Tot. Sieg 36, Platz 14, 13, 16:10. 12 liefen.

Hallescher Schwimmverein von 1902. Zum Sternlauf treffen sich sämtliche Teilnehmer (Mädchen, Knaben, Damen und Herren) am Sonntag, vorm. 10 Uhr, im Bürgerhaus, Schmeitzkestraße 24. Der Start erfolgt an der Rauchfußbrauerei.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Vom rheinisch-westfälischen Wertpapiermarkt.

(Mitteilungen des Bankhauses Gebrüder Stern, Dortmund.)

Die Lage an den rheinisch-westfälischen Wertpapiermärkten hat sich in der Berichtswoche wenig geändert. Es fehlt noch immer an neuen Käuferschichten, und da die Unternehmung sich schon aus diesem Grunde Zurückhaltung auferlegt, hält sich der Verkehr in engen Grenzen. Die Beruhigung, die in den letzten Tagen an den großen Börsen zu erkennen war, verfehlte indes ihre Rückwirkung auf den hiesigen Markt nicht, und so konnte sich in den letzten Tagen eine etwas freundlichere Stimmung durchsetzen, die namentlich am Kalimarkte deutlicher in Erscheinung trat. Hier wirken die Angliederungsbestrebungen einzelner großer Gruppen in hohem Maße preishaltend. Wintershall-Kuxe konnten ihren Preis von etwa 230 000 Mk. bis 280 000 Mk. aufbessern, und im Anschluß daran standen Heiligenroda, Sachsen-Weimar und Alexandershall in stärkerer Nachfrage zu erhöhten Kursen. Größere Kauflust bestand auch für Glückauf-Sondershausen, von denen erhebliche Beträge aus dem Verkehr genommen wurden. Weiterhin lagen Hope und Volkenroda sehr fest. In den übrigen schweren Werten aber hielten sich die Umsätze bei leicht schwankenden, im allgemeinen eher nachgebenden Preisen in engen Grenzen. Mittlere und leichte Werte standen unter Druck. Auf der ermäßigten Grundlage stellten sich schließlich neue Käufer ein, sodaß bei Berichtsschluß eine leichte Erholung des Preisstandes festzustellen ist.

Am Kaliaktienmarkte fanden verhältnismäßig große Umsätze in Hallische Kali, Justus, Adler-Kaliwerke, Adolfsglück, Hannoversche Kaliwerke und Teutonia statt. Die Kursbewegung war im allgemeinen für diese Werte nach oben gerichtet. Dagegen fehlte es in den andern Papieren dieses Marktes an jeder Kauflust.

Weniger umfangreich war das Geschäft in Kohlenkuxen, wo selbst das Interesse für die linksrheinischen Unternehmungen erheblich nachgelassen hat. Die Preise in Mörs, Diergardt und Wilhelmine Mevissen haben bei verhältnismäßig geringen Umsätzen Kursabschläge von 1500 bis 3000 Mark erlitten. Auch in den übrigen Werten überwog fast während der ganzen Woche das Angebot und erst in den letzten Tagen entstand in Uebereinstimmung mit der Haltung der auswärtigen Börsen eine festere Marktlage. Bevorzugt wurden Konstantin der Große, König Ludwig und Lothringen. Die erheblichen Umsätze aber fanden in Trier-Kuxe statt, für die gute Aufkäufer am Markte sind. Der Preis erfuhr eine Steigerung von etwa 1000 Mk.

Am Braunkohlenmarkte wurden mitteldeutsche Werte lebhafter gefragt, ohne daß nennenswerte Umsätze zustande kamen. Dagegen wurden Zukunft-Aktien bei guter Nachfrage dauernd in größeren Beträgen umgesetzt. Von den übrigen Märkten ist wiederum ein lebhafter Besitzwechsel in Mansfeld-Kuxen zu berichten, wobei der Preis nach anfänglicher Abschwächung eine kräftige Erholung aufweist. Sonst waren Wolfram-Kuxe im Handel.

Zementverteilung.

Der Verhandlungsleiter teilte in der Zementverteilungssitzung mit, daß gelegentlich der in der Sitzung vom 25. Februar beschlossenen Besprechung mit dem Reichskommissar für die Kohlenverteilung zwecks Erreichung einer Erhöhung des Kohlenkontingents eine Erhöhung um 250 000 Tonnen für Bergbau, Wasserkraftanlagen und Bergarbeiterwohnungen erreicht worden ist. Aus dem Bericht über die Bewirtschaftung im März ging hervor, daß die Kohlenbelieferung auf etwa 82 000 Tonnen gestiegen, das Kontingent also um ein Geringes überschritten war. Der Versand betrug 128 000 Tonnen, sodaß die einzelnen Verbrauchsgebiete über das im Februar festgesetzte voraussichtlich zu liefernde Quantum beliefert werden konnten. Die Anmeldungen des Bedarfes für den Monat Mai betrugen etwa 260 000 Tonnen.

Ueber die Aussichten der Kohlenbelieferung für den Monat Mai äußerte sich der Vertreter des Reichskommissars für die Kohlenverteilung zuversichtlich, betonte aber auf verschiedene Anfragen, daß eine weitere Erhöhung über das jetzt bestehende Kontingent von 100 000 Tonnen hinaus zurzeit unmöglich sei. In der Aussprache über die Kohlenversorgung wurde insbesondere über die schlechte Belieferung Süddeutschlands Klage geführt, die im wesentlichen auf Umstellung der oberschlesischen Kohle auf Ruhrkohle zurückzuführen sei. Es wurde die dringende Erwartung ausgesprochen, daß die Kohlenbelieferung für die Zukunft dem Kontingent entsprechend sein möge. Von einem Vertreter der Reichsvermögensverwaltung Koblenz wurde auf die Schwierigkeiten der Baustoffbeschaffung im besetzten Gebiete hingewiesen. Ein Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums befürwortete einen Ausgleich der Verbandskontingente dahingehend, daß Rheinland und Westfalen mehr Zement für Hochbauten, dagegen weniger für Wasser- und Tiefbauten zu liefern habe. Die endgültige Verteilung auf die einzelnen Verbrauchsgebiete wurde bei Annahme einer voraussichtlichen Produktion von 110 000 Tonnen u. a. vorgenommen: auf den Bergbau 14 850 Tonnen, auf Hochbauten 44 000 Tonnen, auf Wasser- und Tiefbauten 23 100 Tonnen, außerdem soll ein Sonderkontingent für Bergarbeiterwohnungen in Höhe von 10 000 Tonnen sichergestellt werden.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 6. Mai. Die als Wechselwirkung der an den ausländischen Börsen sich fortsetzenden Erholung des Markkurses sich hier vollziehende weitere wesentliche Abschwächung der ausländischen Devisenpreise, welche zu immer erneuten Positionslösungen führt, und Befürchtungen vor einem Uebergreifen der Streikbewegung der Bankangestellten auch auf den Berliner Bezirk waren in ihrer Gesamtheit die Veranlassung zu einer ziemlich erheblichen Ermattung an der Börse. Da bei der bestehenden Geschäftsunlust die Aufnahmelust nur gering war, so konnte die angeblich nicht ganz unbeträchtliche Ware nur zu teilweise wesentlich ermäßigten Kurse Aufnahme finden. Die Kurseinbußen betrugen in der Regel 5 bis 10 Prozent und gingen auch vereinzelt bis 25 Prozent, so bei Bochumer Gußstahl, Harpener, Lothringer Hütte, Mannesmann, Oberschlesische Montanwerte, Phönix, Rombacher, Rheinische Braunkohlen, Badische Anilin, Elberfelder Farben, Deutsche Waffen, Rheinmetall, Zellstoff Waldhof und alle Kaliaktien. Für Valuta-, Auslands- und Kolonialwerte erreichten sie bei Schwankungen das Ausmaß von 60 bis 90 Prozent. Der bisher widerstandsfähige Bankaktienmarkt schloß sich der rückläufigen Bewegung gleichfalls an. Höher notierten ausschließlich Felten und Guilleaume. Heimische Renten zeigten wiederum feste Haltung. Oesterreichische und ungarische waren preishaltend, Mexikaner stärker rückgängig. Die matte Haltung prägte sich bei stillen Geschäft im Verlaufe weiter aus, so namentlich bei Valuta- und Kolonialwerten.

Devisenkurse.

Berlin, 6. Mai.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

	Heute Geld	Heute Brief	Gestern Geld	Gestern Brief
Amsterdam Rotterdam	1943,00	1947,00	1998,00	2002,00
Brüssel-Antwerpen	340,65	341,35	356,60	357,40
Christiania	1013,75	1016,25	1043,75	1046,25
Kopenhagen	894,10	895,90	924,00	926,00
Stockholm	1121,25	1123,75	1157,75	1160,25
Helsingfors	289,45	290,05	292,20	292,80
Italien	249,75	250,25	254,75	255,25
London	203,80	204,20	209,75	210,25
New York	52,90	53,10	54,27½	54,47½
Paris	317,20	317,80	333,65	334,35
Schweiz	939,00	941,00	974,00	976,00
Spanien	889,10	890,90	925,00	927,00
Wien (altes)	17,98	18,02	20,23	20,27
(Deutsch-Oest. abgest.)	24,47	24,53	25,97	26,03
Prag	86,40	86,60	87,65	87,85
Budapest	22,97	23,03	24,47	24,53
Bulgarien	—	—	—	—
Konstantinopel	—	—	—	—

Produktenbericht.

Berlin, 6. Mai. Am Hafermarkt bewegten sich die Preise ungefähr auf der gestrigen Höhe, konnten aber im Verlaufe nicht ganz aufrechterhalten werden. In Hülsenfrüchten ist der Verkehr ruhig geblieben. Für Lupinen zeigte sich etwas Nachfrage, doch ist das Angebot mäßig. Heu und Stroh werden nach wie vor stark angeboten. Die Abschlüsse sind aber nicht wesentlich.

Berlin, 6. Mai. Amtliche Notizen. (Preis für 100 Klg. in Mark.) Inländ. Hafer: loko: ab Speicher frei Wagen —; loko: ab Bahn —; sofortige Abladung ab Abladestation 2720. Tendenz behauptet.

Ausfuhrpreise für Werkzeuge. Die Ausfuhrpreise für Hacken hat der Verband auf 1800 Mk. je Kilo festgesetzt gegen 850 Mk. und 40 v. H. Aufschlag. Der Ausfuhrpreis für Hämmer steht auf 450 p. H. im Ausland gegen 300 v. H. im Inland. Für Aexte und Beile beträgt der Ausfuhrpreis 350 v. H. gegen 200 v. H. im Inland.

Preisrückgang der Grammophonplatten. Eine Reihe namhafter Schallplattenfabrikanten, darunter die Deutsche Grammophon-Aktiengesellschaft, haben die Preise für Schallplatten bis um 30 Prozent herabgesetzt.

Der Verband Deutscher Kaltwalzwerke in Hagen i. W. hat für den Monat Mai eine Preiserhöhung auf 650 Mk. je 100 Kilo gegen bisher 500 Mk. vorgenommen. Auch haben die Ueberpreise eine entsprechende Erhöhung erfahren.

Der Verband Deutscher Veredelungsanstalten für baumwollene Gewebe hat die Teuerungszuschläge um weitere 25 Prozent durchschnittlich erhöht.

Mansfeldsche Kupferschiefer bauende Gewerkschaft. Auf der Tagesordnung der für den 11. Mai einberufenen Gewerkenversammlung steht bekanntlich auch der Verkauf von Bergwerksfeldern zur Beschlußfassung. Dem „L. T." zufolge handelt es sich hierbei um Braunkohlenfelder in der Nähe von Halle. Diese Felder liegen ziemlich abseits von den übrigen Betrieben des Unternehmens; da dieses bekanntlich auch mit der Halleschen Pfännerschaft in sehr intimen Verhältnis steht, so hält man jene Felder, die übrigens noch nicht aufgeschlossen sind, nicht mehr für erforderlich, zumal da sie bei den jetzigen Preisverhältnissen nutzbringend abgestoßen werden können.

Im Geschäftsbericht der Privatbank zu Gotha wird bemerkt, daß mit dem Einsetzen neuer Einkaufsmöglichkeiten für Handel und Industrie, wie es nach Friedensschluß zu konstatieren war, der Zustrom der fremden Gelder nachließ, während anderseits die Schuldner eine starke Vermehrung erfahren haben. Hierdurch wurde eine bessere Ausnutzung der flüssigen Gelder möglich. Die Verwaltungskosten stiegen von 1 auf 1,4 Millionen Mark. Die Außenstände haben sich von rund 23 auf fast 42 Millionen Mark gehoben. Die Verpflichtungen der Bank finden in Höhe von etwa 60 Prozent Deckung in den flüssigen und leicht greifbaren Mitteln, womit sich der Liquidationssatz den Vorkriegsverhältnissen annähert. Der Ueberschuß beträgt 1 097 526 (726 097) Mk., woraus eine Dividende von 7½ (6½) Prozent zur Verteilung gelangen soll.

Erste Stapelfaserfabrik für Volksbekleidung, A.-G. in Eisenach. Von den durch die außerordentliche Generalversammlung beschlossenen neuen Inhaber-Stammaktien werden 1 Mill. Mk. zur Zeichnung aufgelegt. Der Zeichnungspreis beträgt 115 Proz.

Mitteldeutsche Hartsteinindustrie A.-G. Der Aufsichtsrat schlägt für das verflossene Geschäftsjahr die Ausschüttung einer Dividende von 10 (6) Prozent vor.

Vereinigte Lausitzer Glaswerke A.-G. Im Jahre 1919 erforderten Abschreibungen 334 849 (373 679) Mk. und Unkosten von 948 832 (520 424) Mk. Es verblieb ein Reingewinn von 2,3 (1,6) Mill. Mk. aus dem 25 (20) Prozent Dividende verteilt und 136 512 (99 441) Mk. neu vorgetragen werden sollen. Im Geschäftsberichte weist der Vorstand darauf hin, daß auch die Gesellschaft unter Streiks usw. zu leiden hatte, daß aber Betriebsverluste durch erhöhte Preise ausgeglichen werden konnten. Der Grund für die schon gemeldete Verdoppelung des Aktienkapitals liegt in der durch hohe Löhne und gesteigerte Materialpreise hervorgerufene Verminderung der Geldflüssigkeit.

A. G. für Korbwaren- und Kinderwagenindustrie Hourdeaux-Bergmann in Lichtenfels. Nach Kürzung von 115 906 (0) Mk. Kursverlust werden 22 (12) Prozent Dividende vorgeschlagen unter Erhöhung des Vortrages auf 123 808 (38 862) Mk.

Bergmann-Elektrizitäts-Werke A.-G., Berlin. Der 1919 erzielte Bruttogewinn ist einschließlich des Vortrages aus 1918 mit 22 162 704 (23 683 080) Mk. ausgewiesen. Hiervon sind abzuziehen: Generalunkosten usw. 11 736 829 (8 394 512) Mk., Abschreibungen auf Anlagenkonten 1 937 025 (2 578 716) Mk., Rückstellung für Talonsteuer 500 000 (60 000) Mk. und Zuwendung für die Wohlfahrtseinrichtung für Beamte und Arbeiter 500 000 (500 000) Mk., sodaß ein Gewinn von 7 488 849 (7 149 851) Mk. bleibt. Es soll eine Dividende von 12 (12) Prozent auf das eingezahlte Kapital von 47 750 000 Mk. verteilt und eine Summe von 920 312 (581 314) Mk. vorgetragen werden. Die mit 50 Prozent eingezahlten alten Aktien von nom. 8,5 Mill. Mark sollen voll eingezahlt werden. Ferner soll der Generalversammlung die Erhöhung des Aktienkapitals von 52 Millionen Mark auf 80 Millionen Mark in Vorschlag gebracht und der Vorstand ermächtigt werden, im Bedarfsfalle weitere 20 Millionen Mark Teilschuldverschreibungen auszugeben. Die jungen Aktien sollen den alten Aktionären im Verhältnis von 2:1 zu 125 Prozent angeboten werden.

Maschinenfabrik Buckau A.-G. in Magdeburg. Der Aufsichtsrat bringt der auf den 26. Mai einberufenen Generalversammlung bei höheren Abschreibungen (i. V. 799 855 Mk.) die Verteilung einer Dividende von 13 (10) Prozent in Vorschlag.

Braunschweiger Garnauktion. Auf der Braunschweiger Garnauktion kamen etwa 5000 Posten Garne in- und ausländischer Herkunft zur Versteigerung. Die Nachfrage war sehr lebhaft. Die Preise für amerikanische Baumwolle bröckelten ab. Die Tendenz für ägyptische Baumwolle war fest. Die Preise für amerikanische Water bewegten sich teilweise unter dem letzten Tagespreise. Es wurden gezahlt für 20er Baumwolle etwa 100—110 Mk. pro Kilogramm, feinere Sorten waren etwas teurer. 34er Ware kostete 110—115 Mk. Rege Nachfrage bestand nach ägyptischer Baumwolle (Makko). Für einfach Garn wurde gezahlt: 40er Ware 160—170 Mk. pro Kilogramm, 550er 250—270 Mk., 60er 300 Mk., 70er 325 Mk., 90er und 100er 300 Mk. Für zweifache Ware kamen Käufe mit folgenden Preisen zum Abschluß: 100er 235 Mk., 130er 370 Mk., 140er 450—485 Mk. und 170er 480 bis 500 Mk. pro Kilogramm. Auch 200er Garne wurden angeboten; sie kamen aber nicht zum Verkauf, weil der Einsatz (60 Mk. pro Kilogramm) nicht erzielt wurde. Entsprechend den hohen Preisen war der Umsatz.

Die Deutschen Linoleumwerke Hansa schließen mit 652 829 Mark Verlust ab, der durch den alten Gewinnvortrag auf 369 897 Mark zurückgeht. (Im Vorjahr 630 358 Mk. Verlust.)

Berliner Börse

vom 6. Mai 1920

(Telegramm.)

Deutsche Werte:	
4½% Dtsch. Schatzsch VI—IX	75,80
5% Dtsch. Reichsanl.	79,75
4% " "	76,00
3½% " "	68,00
3% " "	74,75
4% Preuß. Konsols	76,00
3½% " "	63,40
3% " "	59,75
4% Charl. Stadtanl. 89/99	98,25
4% Magdb. Stadtanl. 91/06	—
4% Sächs. Neulandsch Pfdbl.	—
4% Preuß. Centr. Bod. Pfdbl.	101,40
4% Preuß. Hyp. Bk. Pfdbl. 1911	103,00
4½% Dess. Gas Oblig	103,75
4% Dessauer Gas Obl.	97,50
Ausländ. Werte:	
4% Oesterr. Kronenrente	—
4% Ungar. Goldrente	62,75
4% Ungar. Kronenrente	33,25
Eisenbahn-Aktien:	
Halberst.-Blankenb.	—
Halle-Hettstedter	—
Schantungbahn	510,00
Allg. Lokal-Str.	124,00
Gr. Berl. Str.	135,50
Magdeburger Str.-B.	146,50
Prinz-Heinrich-B.	550,00
Orientbahn	205,00
Schiffahrts-Aktien:	
Hambg. Paketfahrt	176,25
Hambg. Südamerika	255,00
Hansa-Dampfschiff.	377,00
Nordd. Lloyd	172,50
Bank-Aktien:	
Bank f. Thür.	169,00
Berl. Handelsges.	200,00
Commerz-Diskontobank	188,00
Darmstädter Bank	159,00
Dessauische Landesbank	140,00
Deutsche Bank	310,00
Diskonto-Comm.	216,00
Dresdner Bank	185,00
Leipzig. Credit-Anst.	175,00
Mitteld. Kreditbank	155,00
Mitteld. Privatbank	181,50
Nationalbank	149,25
Oesterr. Kredit	98,25
Reichsbank	155,87
Industrie-Aktien:	
Schultheiss-Brauerei	240,00
Akt. f. Anilin	399,00
Allgem. Elektr. Ges.	339,00
Ammendorfer Papierfabrik	—
Anhalter Kohlenw.	265,00
Annaberger Steingut	320,00
Badische Anilin	510,00
Bergmann Elekt. Akt.	249,75
Berl. Masch.-Bau	310,50
Bismarckhütte	371,00
Bochumer Gußstahl	293,75
Chem.-Fabr. Buckau	255,50

Chem. Griesheim	327,50
Chem. Heyden	335,00
Consolidation Schalk	549,00
Cröllwitzer Papierfbk	—
Daimler Motoren	230,00
Deutsche Luxemburg	311,50
Deutsche Uebersee-Elektr.	911,00
Deutsche Erdöl	750,00
Deutsche Gasglühl.	—
Deutsche Kali	428,00
Deutsche Waffen und Mun.	393,75
Donnersmarckhütte	248,25
Döring & Lehrmann	146,50
Dürrkoppwerk	—
Engelhardt-Brauerei	252,00
Elberfelder Farben	435,00
Felten & Guillaume	501,00
Gasmotoren Deutz	210,00
Gebhard & Co.	—
Gebhard & König	260,00
Gelsenkirchen Berg.	318,00
Glauziger-Zuckerfbk	267,00
Hallesche Maschfbk.	430,00
Hann. Masch.	350,50
Harpener Berg	290,00
Hasper Eisen	590,00
Hirsch Kupfer	292,50
Höchster Farbwerke	390,00
Hoesch Eisen u. Stahl	335,00
Hohenlohe Werke	193,00
Humboldt Masch.	198,50
Ilse Bergbau	355,00
Kahla Porzellan	595,00
Kaliw. Aschersleben	419,00
Körbisd. Zucker-Akt.	384,75
Kyffhäuserhütte	199,75
Lahmeyer & Co.	197,00
Lauchhammer	345,00
Laurahütte	259,00
Linke & Hofmann	338,00
Ludwig Loewe & Co.	299,00
Lothringer Hütte	301,00
Mannesmannröhren	385,00
Masch.-Fabr. Buckau	—
Oberschl. Eisenb.-Bd.	210,00
do. Caro Hag.	262,00
do. Kokswerke	4[illegible]7,00
Orenstein & Koppel	269,00
Phönix Berg	430,25
Rhein. Metall-Vorz.	275,00
Rhein. Stahlwaren	321,00
Riebeck. Montan	290,00
Rombacher Hütten	293,00
Rositzer Braunk.	319,50
Rositzer Zucker	—
Sangerhäuser Masch.	409,00
HugoSchneider A.-G.	324,50
Schuckert & Co.	195,00
Siemens & Halske	329,75
Stettiner Cham.	306,00
Stettiner Vulkan	234,50
Stollberger Zinkh.	265,00
Strals. Spielkarten	136,50
Thale-Eisenhütte	413,50
Triptis Porzellan	270,00
Türk. Tabakregie	960,00
Ver. Köln-Rottweiler	298,50
Ver. Glanzstoff	1050,00
Wegelin & Hübner	—
Werschen-Weißenfelser Braunk.	—
Westeregeln Alkali	732,00
Wittener Gußstahl	680,00
Wrede Mälzerei	144,75
Zeitzer Masch.	461,00
Zellstoff Waldhof	284,50
Otavi-Minen	875,00

Tendenz: matt.

Leipziger Börse.

Leipzig, den 6. Mai 1920.

Hallesche Zucker-Raffinerie	230,00
Leipziger Malzfabrik, Schkeuditz	128,50
Landwirtsch. Masch. Zimmermann, Halle	165,00
Mansfelder Gewerkschaft	4250,00
Portland, Zementfabrik Halle	149,00
Prehlitzer Braunkohlen	—
Priorit.	—
	—

Verantwortlich f. d. polit. Teil: J. V.: Eugen Brinkmann; f. d. örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Feuilleton und Unterhaltungsbeilage: Martin Feuchtwanger; für Vermischtes, Sport usw.: Dr. Karl Bär; für den Anzeigenteil: Otto Bieler. Verlag: Saale-Zeitung, G. m. b. H., Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200507011/fragment/page=0004